

## Erfolgreiche Prozessführung im Sozialrecht

Praxishinweise zum sozialgerichtlichen Verfahren

Bearbeitet von  
Willi Johannes Kainz

1. Auflage 2016. Buch. Rund 200 S. Kartoniert  
ISBN 978 3 406 70153 5  
Format (B x L): 14,1 x 22,4 cm

[Recht > Sozialrecht > Sozialgerichtliches Verfahren](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

**Aktuelles Recht  
für die Praxis**



# **Erfolgreiche Prozess- führung im Sozialrecht**

Praxistipps für das  
sozialgerichtliche Verfahren

von

**Willi Johannes Kainz**

Vors. Richter am Landessozialgericht München

2016

**[www.beck.de](http://www.beck.de)**

ISBN 9783406701535

© 2016 Verlag C. H. BECK oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck: Nomos Verlagsgesellschaft  
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: jürgen ullrich typesatz, 86720 Nördlingen

Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## **Vorwort**

Mit dem vorliegenden Werk soll praxisnah ein Überblick über die wichtigsten Problemkreise des sozialgerichtlichen Verfahrens gegeben werden. Da im sozialgerichtlichen Alltag jedoch häufig auch Fragen der Durchbrechung der Bestandskraft von Verwaltungsakten (Aufhebung von Verwaltungsakten), die Auswirkungen von formellen und materiellen Fehlern im Verwaltungsverfahren, deren Korrektur und auch der sozialrechtliche Herstellungsanspruch eine wichtige Rolle spielen, werden zunächst auch diese Problemkreise dargestellt. Im Rahmen der Darstellung hat sich der Autor insbesondere an der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts orientiert.

Um eine möglichst hohe Praxisnähe zu gewährleisten, wurden zahlreiche Formulierungshinweise für Anträge, Prüflisten, Schriftsatzmuster und Praxishinweise aufgenommen. Dabei wenden sich die Praxishinweise nicht nur an Klägerbevollmächtigte, sondern auch an die Beklagten und nicht zuletzt an Sozialrichter.

Mein besonderer Dank gilt meiner Frau für die laufende Unterstützung bei der Erstellung dieses Buchs.

München im September 2016

*Willi Johannes Kainz*



## Inhaltsübersicht

	Seite
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Literaturverzeichnis .....	XXXI
A. Einführung – Die Korrektur fehlerhaften Verwaltungs- handelns .....	1
B. Der Verwaltungsakt, Bestandskraft und Auswirkungen von formellen und materiellen Fehlern im Verwaltungsverfahren ....	3
C. Der sozialrechtliche Herstellungsanspruch .....	35
D. Das Widerspruchsverfahren .....	42
E. Das Klagesystem .....	50
F. Allgemeine Verfahrensgrundsätze des sozialgerichtlichen Verfahrens .....	57
G. Allgemeine Prozessvoraussetzungen einer Klage im erstinstanzlichen Verfahren .....	117
H. Zulässigkeit und Begründetheit der einzelnen Klagearten .....	162
I. Das erstinstanzielle Verfahren .....	194
J. Beendigung des Verfahrens .....	211
K. Die Berufung .....	240
L. Nichtzulassungsbeschwerde auf Zulassung der Berufung, § 145 SGG .....	249
M. Die Revision .....	254
N. Die Nichtzulassungsbeschwerde zum BSG .....	261
O. Einstweiliger Rechtsschutz und Aufschiebende Wirkung .....	272
P. Beschwerde vor dem Landessozialgericht, Anhörungsrüge und weitere Rechtsbehelfe .....	291
Q. Die Kosten des sozialgerichtlichen Verfahrens .....	300
R. Vollstreckung und Rückzahlungspflicht .....	317
S. Die Wiederaufnahme des Verfahrens, §§ 179 ff SGG .....	318
T. Überlange Verfahren .....	324
U. Schriftsatzmuster .....	334
Stichwortverzeichnis .....	367





## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Inhaltsübersicht .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII
Literaturverzeichnis .....	XXXI
 <b>A. Einführung – Die Korrektur fehlerhaften Verwaltungs- handelns</b> .....	1
 <b>B. Der Verwaltungsakt, Bestandskraft und Auswirkungen von formellen und materiellen Fehlern im Verwaltungs- verfahren</b>	
I. Einleitung .....	3
II. Der Verwaltungsakt, § 31 SGB X .....	3
III. Der Begriff der Bestandskraft von Verwaltungsakten .....	5
1. Wirksamkeit von Verwaltungsakten, § 39 SGB X .....	6
2. Nichtigkeit von Verwaltungsakten, § 40 SGB X .....	9
IV. Folgen von Verfahrens- und Formfehlern – Heilung .....	10
1. Anhörung, § 24 SGB X .....	11
a) Erforderlichkeit .....	11
b) Entbehrlichkeit der Anhörung .....	12
c) Nachholung, § 41 Abs. 2, Abs. 1 Nr. 3 SGB X .....	13
2. Bestimmtheit, § 33 Abs. 1 SGB X .....	15
3. Weitere Verfahrensfehler .....	17
4. Berichtigung offenkundiger Unrichtigkeiten .....	17
5. Umdeutung .....	17
V. Aufhebung von Verwaltungsakten, §§ 44 ff SGB X .....	18
1. Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes nach § 44 SGB X .....	19
a) Anwendungsbereich .....	19
b) Auf Sozialleistung oder Beitrag gerichtet, § 44 Abs. 1 SGB X .....	23
c) Rücknahme sonstiger rechtswidriger nicht begünstigender Verwaltungsakt, § 44 Abs. 2 SGB X ...	23
2. Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsaktes, § 45 SGB X .....	24
a) Anforderungen an den aufgehobenen Verwaltungsakt	24

	Seite
b) Vertrauensschutz .....	24
c) Fristen .....	26
aa) Verwaltungsakte ohne Dauerwirkung .....	26
bb) Verwaltungsakte mit Dauerwirkung .....	26
cc) Frist nach Kenntnis – Jahresfrist –, § 45 Abs. 4 S. 2 SGB X .....	27
c) Rechtsfolge Ermessensentscheidung .....	28
3. Aufhebung eines Verwaltungsaktes mit Dauerwirkung bei Änderung der Verhältnisse, § 48 SGB X .....	28
a) Verwaltungsakt mit Dauerwirkung .....	28
b) Wesentliche Änderung .....	29
c) Vertrauensschutz und Zeitpunkt der Änderung .....	30
d) Fristen .....	31
e) Rechtsfolge .....	32
4. Widerruf eines rechtmäßigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes nach § 46 SGB X .....	32
5. Widerruf eines rechtmäßigen begünstigenden Verwaltungsaktes nach § 47 SGB X .....	32
6. Erstattung zu Unrecht erbrachter Leistungen, § 50 SGB X .....	33
7. Beweislast .....	34
 <b>C. Der sozialrechtliche Herstellungsanspruch</b>	
I. Anwendungsbereich .....	35
II. Pflichtwidriges Verhalten .....	37
III. Schaden .....	38
IV. Kausalität .....	38
V. Zurechenbarkeit von Fehlern anderer Behörden .....	39
VI. Rechtsfolgen .....	40
VII. Verjährung/Ausschlussfrist gem. § 44 Abs. 4 SGB X analog .....	40
VIII. Beweis .....	41
 <b>D. Das Widerspruchsverfahren</b>	
I. Allgemeines .....	42
II. Ausnahmen, § 78 Abs. 1 S. 2 SGG .....	43
III. Form und Frist .....	43
IV. Die Widerspruchsentscheidung .....	44
1. Abhilfeentscheidung .....	45
2. Zuständige Widerspruchsbehörde .....	45
3. Wirkung des Widerspruchs .....	46
4. Zulässigkeits- und Sachentscheidung .....	46

	Seite
5. Kostenentscheidung .....	47
6. Bekanntgabe .....	48
 <b>E. Das Klagesystem</b>	
I. Allgemeines .....	50
II. Abgrenzung der unterschiedlichen Klagearten .....	52
1. Gestaltungsklage – Anfechtungsklage .....	52
2. Leistungsklagen .....	53
a) Unechte Leistungsklage, § 54 Abs. 4 SGG .....	53
b) Verpflichtungsklage, § 54 Abs. 1 S. 2 SGG .....	54
c) Untätigkeitsklage, § 88 SGG .....	55
d) Echte Leistungsklage, § 54 Abs. 5 SGG .....	55
3. Feststellungsklage .....	55
4. Normenkontrolle, § 55a SGG .....	56
 <b>F. Allgemeine Verfahrensgrundsätze des sozialgerichtlichen Verfahrens</b>	
I. Grundsatz des rechtlichen Gehörs .....	57
1. Rechtsschutz bei Verletzung des rechtlichen Gehörs .....	58
2. Akteneinsicht .....	59
II. Prozesshandlungen .....	61
III. Der Streitgegenstand .....	62
IV. Der Gegenstand der Klage und Einbeziehung neuer Bescheide, §§ 95, 96 SGG .....	63
V. Klageänderung, § 99 SGG .....	65
1. Zulässigkeit einer Klageänderung .....	65
2. Einwilligung und Sachdienlichkeit .....	66
3. Zulässigkeit der geänderten Klage .....	67
4. Verfahrensrechtliche Hinweise .....	69
VI. Nachschieben von Gründen .....	69
VII. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage .....	70
VIII. Untersuchungsgrundsatz und Beweiserhebung .....	71
1. Untersuchungsgrundsatz .....	71
a) Allgemeines .....	71
b) Verletzung des Untersuchungsgrundsatzes .....	74
2. Mitwirkungspflicht .....	74
3. Maßnahmen zur Sachaufklärung nach § 106 Abs. 3 SGG .....	75
4. Datenschutzrechtliche Schranken .....	76
a) Datenschutz als subjektives Recht .....	76
b) Datenschutzrechtliche Eingriffe im sozialgerichtlichen Verfahren .....	77

	Seite
c) Datenschutz im sozialgerichtlichen Verfahren .....	77
d) Datenschutz im Verwaltungsverfahren .....	78
e) Rechtfertigung datenerheblicher sozialrichterlicher Tätigkeit .....	80
f) Verletzungen des Rechts auf informationelle Selbst- bestimmung .....	81
5. Beweismaßstäbe im sozialgerichtlichen Verfahren .....	83
6. Die Beweisaufnahme .....	85
a) Allgemeine Grundsätze .....	85
b) Beweisanträge .....	87
c) Die einzelnen Beweismittel .....	87
aa) Augenschein .....	88
bb) Urkundsbeweis .....	89
cc) Amtliche Auskünfte .....	89
dd) Zeugenbeweis .....	90
ee) Der Sachverständigenbeweis .....	93
aaa) Pflichten des Sachverständigen .....	95
bbb) Ausschluss des Sachverständigen .....	96
ccc) Entschädigung des Sachverständigen .....	97
ddd) Haftung des Sachverständigen .....	97
d) Verfahrensrechtliche Hinweise .....	97
7. Gutachten nach § 109 SGG .....	99
a) Antrag .....	99
b) Kostenvorschuss .....	100
c) Ablehnung des Antrags .....	100
d) Endgültige Kostentragungspflicht .....	101
8. Materielle Beweislast .....	101
IX. Prozesskostenhilfe .....	102
1. Antrag .....	103
2. Bedürftigkeit .....	104
a) Einkommen .....	104
b) Einsatz von Vermögen .....	105
3. Hinreichende Erfolgsaussicht .....	105
4. Keine Mutwilligkeit .....	107
5. Kein Ausschluss .....	108
6. Verfahrensrechtliche Fragen und Entscheidung .....	108
a) Zuständigkeit .....	110
b) Besondere Mitteilungspflichten bei wesentlicher Änderung der Verhältnisse und Änderung der Bewilligung, § 120a ZPO .....	110
c) Aufhebung der Bewilligung, § 124 ZPO .....	111
d) Rechtsmittel .....	112

X. Elektronische Kommunikationsformen und Aktenführung .....	113
XI. Unterbrechung, Aussetzung und Ruhen des Verfahrens .....	115
 <b>G. Allgemeine Prozessvoraussetzungen einer Klage im erstinstanzlichen Verfahren</b>	
I. Ordnungsgemäße Klageerhebung (§ 90 SGG) .....	118
II. Deutsche Gerichtsbarkeit .....	120
III. Rechtsweg der Sozialgerichtsbarkeit, § 51 SGG .....	121
1. Öffentlich-rechtliche Streitigkeit .....	121
2. Nichtverfassungsrechtlicher Art .....	122
3. Zuständigkeitskatalog des § 51 Abs. 1 SGG .....	122
4. Rechtswegentscheidung .....	125
IV. Die Beteiligten und ihre Vertretung .....	127
1. Beteiligte, § 69 SGG .....	127
2. Beteiligtenfähigkeit, (§ 70 SGG) .....	128
3. Prozessführungsbefugnis .....	129
4. Prozessfähigkeit, § 71 SGG .....	129
5. Prozessvertretung .....	133
6. Prozessvollmacht .....	135
7. Beiladung .....	136
a) Die einfache Beiladung, § 75 Abs. 1 SGG .....	138
b) Die notwendige Beiladung, § 75 Abs. 2 SGG .....	138
c) Verfahren und Antrag .....	142
d) Verurteilung zu einer Leistung, § 75 Abs. 5 SGG .....	143
V. Zuständigkeit .....	144
1. Sachliche und funktionelle Zuständigkeit, §§ 8, 29 Abs. 2–4 SGG .....	144
2. Besetzung der Spruchkörper .....	145
3. Befangenheit und Ausschluss von der richterlichen Tätigkeit, § 60 SGG .....	146
a) Absolute Ausschließungsgründe .....	146
b) Relative Ausschließungsgründe, § 60 Abs. 1 SGG iVm § 42 ZPO .....	147
c) Mögliche Ablehnungsgründe .....	148
d) Verfahren .....	150
aa) Antrag .....	150
bb) Verlust des Ablehnungsrechts .....	151
cc) Glaubhaftmachung .....	151
dd) Dienstliche Stellungnahme .....	152
ee) Anzeige von Befangenheitsgründen durch den Richter, § 48 ZPO .....	152

	Seite
ff) Rechtliches Gehör .....	152
gg) Amtshandlungen nach dem Ablehnungsgesuch ....	153
e) Entscheidung des Gerichts .....	153
4. Örtliche Zuständigkeit, §§ 29 Abs. 3–4, 57–57b SGG .....	155
VI. Keine andere Rechtshängigkeit (§ 202 S. 1 SGG iVm § 17 Abs. 1 S. 2 GVG) oder entgegenstehende Rechtskraft (§ 141 SGG) .....	158
VII. Rechtsschutzbedürfnis .....	158
VIII. Besondere Prozessvoraussetzungen der statthaften Klageart .....	160

## **H. Zulässigkeit und Begründetheit der einzelnen Klagearten**

I. Anfechtungsklage, § 54 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 SGG .....	162
1. Zulässigkeit der isolierten Anfechtungsklage .....	162
a) Statthafte Klageart, § 54 Abs. 1 S. 1 SGG .....	162
b) Klagebefugnis, § 54 Abs. 1 S. 2 SGG .....	163
c) Vorverfahren, § 78 SGG .....	164
d) Klagefrist, § 87 SGG .....	164
e) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, § 67 SGG ....	167
aa) Anwendungsbereich .....	167
bb) Voraussetzungen der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand .....	168
aaa) Verschulden .....	168
bbb) Antrag .....	170
ccc) Form und Frist .....	170
cc) Verfahrensrechtliche Hinweise .....	171
2. Begründetheit der (isolierten) Anfechtungsklage .....	172
II. Folgenbeseitigungsanspruch, § 131 Abs. 1 S. 1 und 2 SGG .....	173
III. Kombinierte Anfechtungs- und (unechte) Leistungsklage ....	174
1. Zulässigkeit der kombinierten Anfechtungs- und Leistungsklage .....	174
a) Statthafte Klageart § 54 Abs. 1 S. 1, 4 SGG .....	174
b) Klagebefugnis .....	174
c) Vorverfahren, § 78 Abs. 1 SGG .....	175
d) Klagefrist, § 87 SGG .....	175
2. Begründetheit der kombinierten Anfechtungs- und (unechten) Leistungsklage, §§ 54 Abs. 1, Abs. 4 SGG ....	175
IV. Verpflichtungsklage .....	176
1. Zulässigkeit .....	176
a) statthafte Klageart, § 54 Abs. 1 S. 1 SGG .....	176
b) Klagebefugnis, § 54 Abs. 1 S. 2 SGG .....	177
c) Vorverfahren, § 78 Abs. 1 SGG und Klagefrist .....	178

2. Begründetheit von (kombinierter Anfechtungs-) und Verpflichtungsklage .....	178
a) Vornahmeklage, § 131 Abs. 2 S. 1 SGG .....	178
b) Bescheidungsurteil, § 131 Abs. 2 S. 2, Abs. 3 SGG .....	179
c) Zugunstenbescheid nach § 44 SGB X .....	179
V. Untätigkeitsklage, § 88 SGG .....	180
1. Zulässigkeit .....	180
a) Statthafte Klageart .....	180
b) Klagebefugnis .....	180
c) Wartefrist .....	181
d) Vorverfahren .....	181
2. Begründetheit .....	182
a) Entscheidung des Gerichts .....	182
aa) Bescheidung während des Klageverfahrens .....	182
bb) Klageerhebung vor Ablauf der Wartefrist .....	182
b) Klageerhebung nach Ablauf der Wartefrist oder nachträglicher Ablauf der Wartefrist .....	183
c) Kostenentscheidung .....	184
VI. (Echte) Leistungsklage, § 54 Abs. 5 SGG .....	185
1. Zulässigkeit der echten Leistungsklage .....	185
2. Begründetheit der echten Leistungsklage .....	186
VII. Feststellungsklage .....	186
1. Zulässigkeit der Feststellungsklage .....	186
a) Statthafte Klageart, § 55 SGG .....	186
aa) Feststellung eines Rechtsverhältnisses, § 55 Abs. 1 Nr. 1 SGG .....	186
bb) Feststellung der Zuständigkeit, § 55 Abs. 1 Nr. 2 SGG .....	187
cc) Feststellung der Kausalität einer Gesundheitsstörung, § 55 Abs. 1 Nr. 3 SGG .....	187
dd) Feststellung der Nichtigkeit eines Verwaltungsaktes, § 55 Abs. 1 Nr. 4 SGG .....	188
b) Feststellungsinteresse, § 55 Abs. 1 l. Hs SGG .....	188
c) Keine Klagebefugnis .....	188
d) Klagefrist? .....	188
e) Subsidiarität der Feststellungsklage .....	189
f) Vorverfahren/Rechtsschutzbedürfnis .....	189
2. Begründetheit der Feststellungsklage, § 55 SGG .....	189
a) Normalfall .....	189
b) Anerkennung eines Arbeitsunfalles .....	190
c) Kombinierte Anfechtungs-, Leistungs- und Feststellungsklage nach § 55 Abs. 1 Nr. 3 SGG .....	191



	Seite
d) Kombinierte Anfechtungs-, Feststellungs- und Leistungsklage bei Aufhebung nach § 48 SGB X im Bereich der Unfallversicherung .....	191
VIII. Die Fortsetzungsfeststellungsklage, § 131 Abs. 1 S. 3 SGG .....	191
1. Zulässigkeit .....	191
a) Erledigung .....	191
b) Antrag .....	192
c) Klagearten des Ausgangsverfahrens .....	192
d) Prozessvoraussetzungen der anderen Klagearten .....	192
e) Berechtigtes Interesse .....	192
2. Begründetheit .....	193
IX. Normenkontrollverfahren, § 55a SGG .....	193
 <b>I. Das erstinstanzielle Verfahren</b>	
I. Das vorbereitende Verfahren .....	194
1. Übersendung der Klageschrift .....	194
2. Untersuchungsmaxime und Hinweispflicht .....	194
3. Präklusionswirkung, § 106a SGG .....	196
4. Akteneinsicht .....	197
5. Vorbereitende Schriftsätze .....	197
6. Mitteilung der Ergebnisse der Ermittlungen .....	197
7. Erörterungstermin .....	198
8. Güterichter .....	200
9. Ladung zur mündlichen Verhandlung .....	202
a) Persönliches Erscheinen .....	202
b) Ladungsfrist .....	203
II. Die mündliche Verhandlung .....	204
1. Öffentlichkeit, Sitzungspolizei und Gerichtssprache .....	204
2. Feststellung der Anwesenheit und Ladung .....	206
3. Sachvortrag, Erörterung der Sach- und Rechtslage .....	207
4. Beweiserhebung .....	208
5. Anträge .....	208
6. Schließung der mündlichen Verhandlung .....	208
7. Niederschrift .....	209
III. Entscheidung ohne mündliche Verhandlung .....	209
 <b>J. Beendigung des Verfahrens</b>	
I. Arten der Beendigung .....	211
1. Klagerücknahme, Erledigterklärung .....	211
a) Erklärung der Klagerücknahme .....	211
b) Fiktion der Klagerücknahme, § 102 Abs. 2 SGG .....	212
c) Wirkungen der Klagerücknahme .....	213

	Seite
2. Anerkenntnis .....	213
3. Der gerichtliche Vergleich .....	214
a) Materiell-rechtliche Voraussetzungen .....	214
b) Prozessrechtliche Voraussetzungen .....	215
c) Form des Vergleichs .....	215
d) Kostenregelung .....	216
e) Unwirksamkeit des Vergleichs .....	216
4. Urteil .....	218
II. Das sozialgerichtliche Urteil .....	218
III. Der Tenor des Urteils .....	219
1. Die Hauptentscheidung .....	220
a) Allgemeines .....	220
b) Zurückverweisung, § 131 Abs. 5 SGG .....	220
2. Kostenentscheidung .....	222
3. Zulassung von Berufung und Sprungrevision .....	223
4. Streitwertfestsetzung .....	223
IV. Urteilsverkündung, § 132 SGG .....	224
V. Aufbau und Abfassung des sozialgerichtlichen Urteils .....	226
1. Der Tatbestand im sozialgerichtlichen Urteil .....	227
a) Allgemeine Anmerkungen .....	227
b) Aufbau .....	228
aa) Beginn .....	228
bb) „Geschichtserzählung“ .....	229
cc) Prozessgeschichte .....	229
dd) Streitgegenstand .....	230
ee) Anträge .....	230
ff) Ausführungen des Beklagten .....	231
gg) Ausführungen und Anträge weiterer Beteiligter .....	231
hh) Ergänzungen .....	231
c) Sprachliche Hinweise .....	231
2. Die Entscheidungsgründe .....	233
3. Abfassung und Übergabe an die Geschäftsstelle .....	235
VI. Zustellung von Urteilen .....	236
VII. Abänderung eines Urteils .....	236
1. Offenbare Unrichtigkeiten .....	236
2. Berichtigung des Tatbestandes .....	237
3. Ergänzung des Urteils .....	237
VIII. Gerichtsbescheid .....	238
1. Voraussetzungen .....	238
2. Rechtsbehelf .....	239

	Seite
<b>K. Die Berufung</b>	
I. Zulässigkeit der Berufung und Zulassung der Berufung .....	240
1. Statthaftigkeit der Berufung .....	240
a) Beschwerdegegenstandswert .....	241
b) Geldleistungen .....	242
2. Zulassung der Berufung .....	242
3. Beschwer .....	244
4. Berufungseinlegung, Form und Frist .....	244
II. Die Durchführung des Berufungsverfahrens .....	245
III. Abschluss des Berufungsverfahrens .....	247
IV. Wirkung der Berufungseinlegung .....	248
<b>L. Nichtzulassungsbeschwerde auf Zulassung der Berufung</b>	
I. Zulässigkeit der Nichtzulassungsbeschwerde .....	249
1. Grundsätzliche Bedeutung, § 144 Abs. 2 Nr. 1 SGG .....	249
2. Divergenz, § 144 Abs. 2 Nr. 2 SGG .....	250
3. Verfahrensmangel, § 144 Abs. 2 Nr. 3 SGG .....	250
a) Geltendmachung .....	250
b) Tatsächlicher Verfahrensmangel .....	251
c) Beruhen .....	252
4. Form .....	252
5. Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde .....	253
II. Entscheidung des Landessozialgerichts, § 145 Abs. 4 SGG .....	253
<b>M. Die Revision</b>	
I. Zulassung der Revision .....	254
1. Zulassung durch das LSG .....	254
2. Die Zulassung durch das Sozialgericht (Sprungrevision), § 161 SGG .....	255
3. Zulassung der Revision durch das BSG im Rahmen einer Nichtzulassungsbeschwerde, § 160a SGG .....	256
II. Einlegung der Revision .....	256
1. Form und Frist .....	256
2. Vertretungszwang .....	257
3. Revisionsbegründung .....	258
4. Anschlussrevision .....	259
III. Entscheidung des BSG .....	260

**N. Die Nichtzulassungsbeschwerde zum BSG**

I. Formelle Anforderungen .....	261
1. Beschwerdeerhebung .....	261
2. Begründung der Beschwerde .....	262
3. Grundsätzliche Bedeutung, § 160 Abs. 2 Nr. 1 SGG .....	264
a) Rechtsfrage darlegen .....	264
b) Klärungsbedürftigkeit .....	265
c) Darlegung der grundsätzlichen Bedeutung .....	265
d) Klärungsfähigkeit .....	265
e) Entscheidungserheblichkeit .....	266
f) Maßgeblicher Zeitpunkt .....	266
4. Divergenz, § 160 Abs. 2 Nr. 2 SGG .....	266
a) Bezeichnung der Entscheidung .....	266
b) Darstellung der divergierenden Rechtssätze .....	266
c) Widerspruch zwischen den Rechtssätzen .....	267
d) Beruhen auf der Abweichung .....	267
e) Entscheidungserheblichkeit .....	267
f) Maßgeblicher Zeitpunkt .....	267
5. Verfahrensmangel, § 160 Abs. 2 Nr. 3 SGG .....	267
a) Konkrete Benennung des Verfahrensmangels .....	268
b) Kein Rügeverlust oder Ausschluss .....	269
c) Vorliegen eines Verfahrensmangels .....	270
d) Beruhen .....	271
e) Entscheidungserheblichkeit .....	271

**O. Einstweiliger Rechtsschutz und Aufschiebende Wirkung**

I. Verfassungsrechtliche Anforderungen an den einstweiligen Rechtsschutz .....	272
II. Verfahrensrechtliche Anforderungen .....	273
III. Grundsatz der aufschiebenden Wirkung, § 86a Abs. 1 SGG .....	275
IV. Ausschluss der aufschiebenden Wirkung nach § 86a Abs. 2, Abs. 4 SGG .....	277
V. Anordnung der sofortigen Vollziehung, § 86a Abs. 2 Nr. 5 SGG .....	279
VI. Antrag auf Aussetzung der sofortigen Vollziehung bei Leistungsträger oder Widerspruchsbehörde, § 86a Abs. 3 SGG .....	280
VII. Einstweiliger Rechtsschutz im Rahmen der aufschiebenden Wirkung, § 86b Abs. 1 SGG .....	281
1. Zulässigkeit des Antrags .....	281

	Seite
a) Statthaftes Antragsverfahren .....	281
b) Weitere Antragsvoraussetzungen .....	281
2. Begründetheit des Antrags .....	282
VIII. Einstweilige Anordnung nach § 86b Abs. 2 SGG .....	284
1. Zulässigkeit einer einstweiligen Anordnung .....	285
2. Begründetheit des Antrags auf einstweilige Anordnung ...	286
3. Entscheidung des Gerichts .....	288
4. Vollstreckung .....	290
 <b>P. Beschwerde vor dem Landessozialgericht, Anhörungsrüge und weitere Rechtsbehelfe</b>	
I. Allgemeines und Abgrenzung zu anderen Rechtsbehelfen ...	291
II. Die Beschwerde, §§ 172 ff SGG .....	292
1. Zulässigkeit der Beschwerde .....	292
a) Statthaftigkeit .....	292
aa) Beschwerdefähige Entscheidungen .....	292
bb) Ausschluss der Beschwerde .....	292
b) Form und Frist .....	294
aa) Frist .....	294
bb) Form .....	294
2. Entscheidung über die Beschwerde .....	295
3. Aufschiebende Wirkung, § 175 SGG .....	296
4. Ausschluss der Beschwerde, § 177 SGG .....	296
III. Die Anhörungsrüge, § 178a SGG .....	296
1. Voraussetzungen .....	297
2. Form .....	298
3. Frist .....	299
4. Verfahren und Entscheidung .....	299
 <b>Q. Die Kosten des sozialgerichtlichen Verfahrens</b>	
I. Allgemeines .....	300
II. Gerichtskostenfreie Verfahren .....	301
1. Privilegierter Personenkreis des § 183 SGG .....	301
2. Grundsatz Gerichtskostenfreiheit, § 183 SGG .....	301
3. Erstattung der außergerichtlichen Kosten .....	302
4. Kostenentscheidung nach § 193 SGG .....	302
5. Verschuldenskosten nach § 192 SGG .....	305
III. Gerichtskostenpflichtige Verfahren .....	306
1. Gerichtskostenpflicht nach § 197a SGG .....	306
2. Kosten nach dem Gerichtskostengesetz .....	307
3. Streitwertfestsetzung .....	307

*Inhaltsverzeichnis*

XXI

	Seite
4. Kostengrundentscheidung nach § 197a Abs. 1 SGG iVm § 161 Abs. 1 VwGO .....	308
IV. Rechtsanwaltsgebühren .....	311
1. Betragsrahmengebühren .....	312
2. Rechtsanwaltsgebühren in gerichtskostenpflichtigen Verfahren .....	314
V. Festsetzung der Kosten durch den Urkundsbeamten und Anrufung des Gerichts, § 197 SGG .....	315
VI. Überprüfbarkeit der Kostenentscheidung .....	315

**R. Vollstreckung und Rückzahlungspflicht**

**S. Die Wiederaufnahme des Verfahrens**

I. Überblick .....	318
II. Zulässigkeit der Wiederaufnahme nach § 179 SGG .....	318
1. Nichtigkeitsklage, § 179 Abs. 1 SGG iVm § 579 ZPO .....	319
2. Restitutionsklage, § 179 Abs. 1 SGG iVm §§ 578 Abs. 1, 580 ZPO .....	321
3. Wiederaufnahme bei strafrechtlicher Verurteilung eines Beteiligten, § 179 Abs. 2 SGG .....	322
III. Verfahren der Wiederaufnahme .....	322

**T. Überlange Verfahren**

I. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen einer Klage auf Entschädigung .....	324
1. Zuständigkeit .....	324
2. Statthafte Klageart .....	324
3. Fristen .....	325
a) Wartefrist .....	325
b) Klagefrist .....	326
4. Klagebefugnis .....	326
II. Materielle Voraussetzungen .....	326
1. Passivlegitimation .....	326
2. Aktivlegitimation als Verfahrensbeteiligter gemäß § 198 Abs. 1, Abs. 6 Nr. 2 GVG .....	327
3. Verzögerungsrüge im Sinne von § 198 Abs. 3 GVG .....	327
4. Gerichtsverfahren im Sinne von § 198 Abs. 6 Nr. 1 GVG .....	327
5. Unangemessene Dauer .....	328
a) Angemessenheitsprüfung .....	328
b) Ablauf des Verfahrens nach § 198 Abs. 1 S. 2 GVG ....	328

	Seite
c) Wertende Betrachtung und Abwägung aller Einzel- umstände .....	330
6. Entschädigungspflichtiger Nachteil .....	331
III. Altverfahren .....	333
<b>U. Schriftsatzmuster</b>	
I. Widerspruchseinlegung .....	334
II. Fristwahrende Widerspruchseinlegung bei anderer inländischer Behörde im Sinne von § 84 Abs. 2 S. 1 SGG ...	336
III. Formlose Klageerhebung mit Antrag auf Akteneinsicht .....	337
IV. Fristwahrende Klageerhebung bei anderer Behörde nach § 91 Abs. 1 SGG .....	338
V. Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand .....	339
VI. Isolierte Anfechtungsklage § 54 Abs. 1 SGG .....	341
VII. Kombinierte Anfechtungs-, Feststellungs- und Leistungsklage (§§ 54 Abs. 1, 4, 55 Abs. 1 Nr. 3 SGG) .....	346
VIII. Antrag auf Gutachten nach § 109 SGG .....	348
IX. Ablehnung eines ärztlichen Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit .....	349
X. Berufungseinlegung zur Fristwahrung .....	352
XI. Nichtzulassungsbeschwerde zum LSG .....	353
XII. Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung .....	355
XIII. Beschwerde zum LSG .....	357
XIV. Nichtzulassungsbeschwerde zum BSG – Einlegung zur Fristwahrung – .....	360
XV. Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde zum BSG (grundsätzliche Bedeutung).....	361
XVI. Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde zum BSG (Verfahrensmangel – Verletzung des gesetzlichen Richters durch nicht ordnungsgemäße Besetzung des Gerichts) .....	362
XVII. Revisionseinlegung .....	365
Stichwortverzeichnis .....	367